

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verantwortlicher und Chefredakteur:
Erich Nitzsche, Berlin.
Telefon: Hans Dörfel 4196/4198



Redaktion für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Dönhofsplatz 6
Druckverlag: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung bedarf 4 Wochen
vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Genehmigung für beide Fälle in Berlin.

Berlin, den 9. März 1932.

Warum Hindenburg?

von Otto Braun.

Int. Institut
für Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Warum Hindenburg? Diese Frage bewegt heute noch zahlreiche Wähler, die mit Freuden für einen sozialdemokratischen Kandidaten stimmen, mit Begeisterung für ihn werben würden. Ja, wenn es bei der Wahl des Reichspräsidenten darauf ankäme, ein Bekenntnis zum sozialdemokratischen Programm abzulegen, die Stärke der sozialdemokratischen Partei aufzuzeigen, dann könnten alle sozialdemokratischen Wähler ihrer inneren Ueberzeugung folgend mit dem Stimmzettel Zeugnis ablegen für die Sozialdemokratie und ihre Politik. Dazu werden sie übrigens bei den kommenden Landtagswahlen hinreichend Gelegenheit haben.

Am 13. März aber werden die Wähler nicht aufgerufen, um, wie bei den Parlamentswahlen, sich für die Politik einer Partei auszusprechen, sondern sie sollen einen Mann zum Reichspräsidenten wählen, der durch seine Person und sein Wirken die Gewähr bietet, dass er das höchste Amt, das das deutsche Volk zu vergeben hat, treu der republikanischen Verfassung und seinem Eide zum Wohle des ganzen Volkes verwalten und die ihm verliehene Macht nie missbrauchen wird.

Gewiss, Ebert, der erste deutsche Reichspräsident hat durch seine Amtsführung bewiesen, dass ein Sozialdemokrat dem deutschen Volke diese Gewähr bietet. Und wenn die geringste Aussicht bestände, dass ein sozialdemokratische Kandidat am nächsten Sonntag die Mehrheit der Wählerstimmen, oder in einem zweiten Wahlgang auch nur die relative Mehrheit erlangen könnte, dann hätte man ihn aufstellen und für ihn stimmen müssen. Diese Aussicht besteht leider nicht.

Infolge der unsinnigen Politik der Kommunisten, die erhebliche durch die wirtschaftliche Not zermürbte Arbeitermassen verwirrt hat und einem Phantom nachjagen lässt, ist die Wahl eines Sozialdemokraten ausgeschlossen. Noch viel weniger hat der Kommunist Thälmann Aussicht, gewählt zu werden, von dem Hugenberg-Kandidaten Duesterberg oder dem Kandidaten der rotgestempelten Tausendmarke ganz zu schweigen. Den Wählern bleibt daher nur eine Alternative: Hindenburg oder Hitler. Zwischen beiden haben die Wähler zu entscheiden, Kann da die Wahl schwer fallen? Man sehe sich die Männer an.

Hitler, dieser Prototyp des politischen Abenteurers, der durch eine aus dunklen Goldquellen gespeiste demagogische Agitation alle Desperados, Massenverzwweifelter und Hoffnungsloser, wie alle jene Kreise, die aus kapitalistischer Profitgier und reaktionärer Gesinnung oder politischen Unverstand dem heutigen Volksstaat toffeindlich gegenüber stehen, um sich geschart und für sein nebelhaftes drittes Reich gewonnen hat, das allen Volksteilen alles was sie wünschen und zwar immer auf Kosten des andern Teiles verspricht.

Demgegenüber Hindenburg. Die Verkörperung von Ruhe und Stetigkeit, von Mannestreue und hingebender Pflichterfüllung für das Volksganze, dessen Leben klar vor aller Augen liegt, der nicht zuletzt auch durch seine siebenjährige

Amtsführung als Reichspräsident bewiesen hat, dass sich alle die auf ihn verlassen können, die Deutschland vor dem Chaos bewahren und in friedlicher schiedsalverbundener Zusammenarbeit aller Volkskreise aus dem jetzigen Wirtschafts-elend wieder aufwärts führen wollen.

Die Wahl Hitlers würde das wirtschaftliche Elend bis zur Unerträglichkeit steigern, Staatsstreich, politische Unterdrückung und Bürgerkrieg zur Folge haben und schliesslich die Gefahr des Zerfalls des Reiches heraufbeschwören. Deshalb muss Hitler eine Niederlage bereitet, Hindenburg gewählt werden.

Mich trennt in Weltanschauung und politischer Einstellung eine tiefe Kluft von Herrn von Hindenburg. Doch hat das Menschliche, das heute in unserm öffentlichen Leben leider kaum noch Geltung hat, eine Brücke über diese Kluft geschlagen, die uns zusammenführt und eint in dem Streben, jeder nach seiner Ueberzeugung das Wohl des Volkes zu fördern. Ich habe den Reichspräsidenten kennen gelernt als einen Mann, auf dessen Wort man bauen kann, als einen Menschen reinen Willens und abgeklärten Urteils, erfüllt von kantischem Pflichtgefühl, das ihn auch veranlasst hat, trotz seines hohen Alters und seiner begreiflichen Sehnsucht nach Ruhe erneut sich dem deutschen Volke zur Verfügung zu stellen und die schwere Bürde seines verantwortlichen Amtes auf sich zu nehmen.

Ein Mann dieser Wesensart musste die enttäuschen, die von ihm Verletzung seines Eides und Verfassungsbruch erwarteten. Weil er als Schützer der Verfassung, treu seinem Eide zum deutschen Volke stand, deshalb verfolgen sie ihn jetzt mit giftigem Hass und überschütten ihn mit Schmähungen und niedrigen Verleumdungen.

Weil dem so ist, trete ich für ihn ein. Ich wähle Hindenburg und appelliere an die Millionen Wähler, die vor sieben Jahren für mich gestimmt und an Alle, die darüber hinaus mir und meiner Politik Vertrauen entgegenbringen:

Tut desgleichen, schlägt Hitler, wählt Hindenburg!

SPD. Hannover, 9. März (Eig. Drahtb.)

Auf dem Waterloo-Platz in Hannover marschierten am Mittwoch 1000 Polizeibeamte, zum grössten Teil im Stahlhelm, auf. Sie waren bewaffnet mit Karabinern und Maschinenpistolen, ausserdem waren zwei Panzerwagen aufgefahren. Oberpräsident Noske nahm eine Besichtigung vor und hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Der Regierungspräsident und ich haben Sie nicht hier antreten lassen, weil wir Freude an einer Art Parade haben wollten. Dazu ist die Polizei nicht da. Ausserdem sind die Tage, die wir jetzt durchleben, für die Polizei zu anstrengend, als dass es gestattet wäre, eine überflüssige Schauausstellung zu veranstalten. Ich habe die Polizei zum ersten Male der Bevölkerung wegen möglichst vollzählig antreten lassen. Die Bevölkerung soll sehen, und zwar alle Teile der Bevölkerung, dass in Ihnen ein Bollwerk besteht gegen die Wünsche und Bestrebungen mancher Kreise der Bevölkerung, die die unsinnigsten Behauptungen aufstellen. Närrische Redensarten werden herausgeschreien, was alles nach dem nächsten Sonntag passieren würde. Einmal: "Dann beginnt mit einem Male für das deutsche Volk ein Reich in Glanz und Herrlichkeit", dann aber auch: "schon flüchten Leute aus Angst vor dem, was nach dem 13. März geschehen werde." Ich sage, es wird sich am nächsten Montag und den folgenden Tagen gar nichts gegenüber dem jetzigen Zustand ändern. Dafür werden wir, d. h. die Polizei und ich, in Hannover sorgen. Im übrigen Deutschland wird es nicht anders sein. Um der hannoverschen Bevölkerung zu zeigen, dass sie ganz ruhig sein und sich auf Sie verlassen kann, deshalb haben wir die Polizei aufmarschieren lassen, deswegen werden Sie nachher geschlossen von diesem Platz durch die Stadt marschieren. Selbstverständlich wissen wir, dass Wünsche gehegt werden, die heutige Regierung zu stürzen und die verfassungsmässigen Zustände über den Haufen zu rennen.

Auch denjenigen, die mit solchen Gedanken und Wünschen sich tragen, will ich die Hannoversche Polizei zeigen und ich sage ihnen, es werden sich die Zustände in Preussen und Deutschland nur auf gesetzlichem Wege und in einer Legalität ändern, deren Form wir mitzubestimmen haben. Wer es wagen sollte, vorzeitig zu versuchen, auch nur nach einem Zipfel der Macht zu greifen, würde sehr schmerzliche Erfahrungen machen.

Es ist jetzt viel von der Notwendigkeit ritterlichen Kampfes die Rede. Dazu liefere ich heute einen Beitrag. Vor mir stehen fast 1000 stahlhart trainierte Männer, ausgerüstet mit guten Waffen, geschult für den Kampf! Aus 1000 Gewehrläufen, in die heute jeder schauen kann, der von gewaltsamer Macht-ergreifung träumt, kann nicht nur geschossen werden, sondern die Kugeln treffen auch. Es ist gut, wenn in Tagen, wie wir sie jetzt durchleben, jedermann weiss, woran er ist, die Polizei, die Bürgerschaft und, falls es andere Leute geben sollte, auch diese. Der hannoverschen Polizei wünsche ich von Herzen, ihr blosses Vorhandensein möge genügen, dass von ihren Waffen kein Gebrauch gemacht werden muss."

Anschliessend marschierte die Schutzpolizei mit einer Kapelle an der Spitze durch die Strassen der Stadt. Sie wurde überall von der Bevölkerung herzlich begrüsst.

SPD. O wie herrlich ist es in Sowjetrussland! Preise steigen, Löhne fallen, Schlangen stehen vor den Lebensmittelläden, in denen es Lebensmittel auf Karten gibt, und dazu heisst es noch frieren! In einem Briefe, den der Sozialistische Bote aus Moskau erhalten hat, heisst es:

"Die Brennstoffknappheit hat sich in den letzten Tagen auch in Moskau sehr stark bemerkbar gemacht. Sogar in den Räumen der Regierungsbehörden wird bloss einmal in drei Tagen geheizt - trotz starkem Frost. Die Heizung in Schulen und Krankenhäusern funktioniert so mangelhaft, dass Schüler und Patienten warme Sachen und Mäntel anbehalten mussten, um die Kälte ertragen zu können."

Es wäre an der Zeit, dass die Bolschewisten sich um ihre eigenen Sorgen kümmern, statt durch die KPD-Hetze die Sorgen in Deutschland zu vergrössern. Für die praktischen Erfolge der Sowjetrezepte, die wir in Russland beobachten, danken wir in Deutschland bestens!

SPD. Eisenach, 9. März (Eig. Drahtb.)
Eine in Kreuzburg a.d. Werra veranstaltete Nazi-Versammlung endete mit einer grossen Schlägerei. Als die Ausführungen des von 45 SA-Leuten begleiteten Redners bei den zahlreich anwesenden sozialdemokratischen Arbeitern auf Widerspruch stiessen, fielen die SA-Leute über die Versammlungsbesucher her. Im Nu entstand eine grosse Schlägerei, wobei Biergläser und Stühle als Waffen dienten. Die anwesenden Gendarmeriebeamten lösten die Versammlung sofort auf. Ein Arbeiter wurde schwer verletzt.

Die polizeilichen Ermittlungen haben einwandfrei ergeben, dass die Schuld an dem Vorfall ausschliesslich auf die Nationalsozialisten fällt.

SPD. Wie der Staatssekretär des Dritten Reiches, so besitzt jetzt auch die Nazi-Presse die Stirn, die Veröffentlichungen über Hitlers Stabschef, die von Röhm persönlich stammen, als "Verleumdungshetze" abzutun. Wir waren darauf gefasst; denn schliesslich bestreiten die Sittenrichter des Dritten Reiches alles was ihnen nicht passt und wenn es hundertmal wahr ist. Aber

diesmal haben sie sich geschnitten. Die Briefe des Herrn Röhm über sein Liebesleben, die dieser Tage veröffentlicht wurden, bildeten vor einigen Monaten den Gegenstand eines Verfahrens, in dessen Verlauf auch Herr Röhm persönlich vernommen wurde. Er hat darüber am 28. Juli 1931 nach dem amtlichen Protokoll des Amtsgerichts München, Abteilung Straogericht, vor Amtsgerichtsrat Kemmer folgendes ausgesagt und unterschrieben:

"Den mir vorgezeigten in blauem Umschlag befindlichen, von mir handschriftlich geschriebenen Brief aus Uyuni habe ich an Dr. Heimsoth geschickt, ebenso auch den zweiten mit Schreibmaschine in roten Lettern geschriebenen Brief, La Paz, 25.2.1929. Ich gebe hierzu keine weiteren Erklärungen ab. Der weiter mit vorgezeigte Brief d.d.Mch., Herzogstrasse 4/III vom 3.12.1928 an Dr. Heimsoth ist durch ein Buch veranlasst, das Dr. Heimsoth selbst herausgegeben und mir zugeschickt hat."

Röhm gibt in dem amtlichen Protokoll also zu, was er selbst und die Nazipresse jetzt öffentlich bestreiten. Er bestätigt, dass er die in diesen Tagen mit genauem Datum veröffentlichten Briefe geschrieben hat und bestätigt damit ihren Inhalt, durch den er sich neuerdings "verleumdet" fühlt. Er fühlt sich "verleumdet" und die Nazi-Presse folgt ihm in ihrer abgrundtiefen Verlogenheit darin, obwohl er vor dem Amtsgericht in München zugegeben hat, dass er in Bolivien "für junge Neger etwas übrig" gehabt hat, dass ihm in Berlin "die Art und Weise des homosexuellen Verkehrs ganz besonders gefallen" hat, dass er von seiner Berliner männlichen Gemahlin Bilder über den Verkehr zwischen homosexuellen gewünscht hat und er den Adjutanten Hitlers, Herrn Rosenberg, in einem seiner Briefe als "tölpelhaften Moralathleten" bezeichnet hat.

Trotzdem spricht die Nazi-Presse von "Verleumdungshetze" und trotzdem hat der Präsidentschaftskandidat der NSDAP bisher nichts unternommen, um die SA-Jugend aus den Klauen des Herrn Röhm zu befreien. Das beweist einmal, wie abgrundtief die Verlogenheit der Nazipresse ist und dass diese Presse vor keiner Gemeinheit, keiner Lüge und Verleumdung zurückschreckt, zugleich aber auch wie versippt das Nazi-Bonzenium ist. Ihr System ist wieder einmal entlarvt. Es ist das römische System, das vor nichts zurückschreckt und sich vor nichts ekelt!

SPD. Frankfurt/M., 9. März (Eig. Drahtb.)

In Offenbach kam es zwischen den moskowitzischen Kommunisten und der kommunistischen Opposition, der sogenannten Galm-Richtung, zu schweren Zusammenstößen, als die Moskowiter nach Beendigung einer Versammlung versuchten, die KPO-Versammlung im Gewerkschaftshaus zu sprengen. Die Polizei musste wiederholt eingreifen. Zahlreiche Personen wurden verhaftet.

Die Offenbacher KPO, die die stärkste Gruppe der Brandler-Richtung darstellt, ist vor kurzer Zeit von Brandler aus dem Verband der KPO ausgeschlossen worden und hat am vergangenen Sonntag mit den Spalter um Seydewitz über einen eventuellen Zusammenschluss verhandelt. Bei dieser Gelegenheit wurde gefordert, dass ein Vertreter der Galm-Gruppe in die Redaktion der Spalter-Zeitung, die weder richtig zu leben noch zu sterben weiss, aufgenommen wird.

SPD. Ludwigshafen, 9. März (Eig. Dr.)

In Ludwigshafen wurde der Führer der pfälzischen SA und SS, Theodor Eicke, in seiner Wohnung verhaftet.

Die Verhaftung erfolgte unter dem Verdacht, dass Eicke aus einem Werk der I.G. Farben, wo er beschäftigt war, Sprengstoff gestohlen hat. Der Sprengstoff sollte zur Herstellung von Bomben dienen. Eicke war zu diesem Zweck mit nationalsozialistischen Parteifreunden in Pirmasens, wo die Bomben her-

gestellt werden sollten, in Verbindung getreten. Bisher sind über 30 Bomben und eine grosse Anzahl Pakete mit Sprengstoff beschlagnahmt worden. Ausser dem nationalsozialistischen Sturmführer wurden dessen Adjutant, ein ehemaliger Maschinenmeister der I.G. Farben, sowie drei Nationalsozialisten aus Pirmasens festgenommen. Sie wollten die Bomben, wie sie bereits gestanden haben, zu einem Angriff benutzen, und zwar, wie sie sich herausreden zu einem Angriff für den Fall eines Angriffes von kommunistischer Seite. Die hiesige Bevölkerung ist über die unverhohlenen Bürgerkriegsabsichten der Nationalsozialisten ausserordentlich erregt.

Aus einer Mitteilung der Pressestelle des Oberstaatsanwalts in Zweibrücken, der die Untersuchung wegen des Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz leitet, geht hervor, dass ausser dem beschlagnahmten Sprengmaterial und ausser den beschlagnahmten Bomben noch weiteres Sprengmaterial und weitere Bomben versteckt worden sind. Ein Teil des beschlagnahmten Sprengmaterials ist inzwischen nach Ludwigshafen zurücktransportiert worden.

SPD. Die Ausschüsse des Reichsrats beschäftigten sich am Mittwoch mit der geplanten Senkung der Biersteuern und der Branntweinabgabe. Auf Antrag Bayerns wurde der Reichsregierung empfohlen, die Reichsbiersteuer, sowie es die Regierung vorgesehen hatte, um 3 M für den Hektoliter zu senken. Die Gemeindebiersteuer dagegen soll gestaffelt ermässigt werden. In Gemeinden, die bisher nur bis zu 2,50 M Steuer auf den Hektoliter Bier erhoben, soll die Steuer unverändert bleiben. Bei einem Steuersatz von bisher bis zu 5 M soll die Senkung 20 %, bis zu 7,50 M 30 % und bis zu 10 M 40 % betragen. Die Branntweinabgabe soll von 6 auf 4 M, also um ein Drittel ermässigt werden.

Amtlich wird zu der vorstehenden Meldung mitgeteilt: Die Senkung der Reichsbiersteuer und der Gemeindebiersteuer ist am Mittwoch in den Reichsratsausschüssen unter Vorsitz des Reichsfinanzministers besprochen worden. Die Angelegenheit ist nunmehr soweit vorbereitet, dass die endgültige Entscheidung in Kürze erfolgen kann. Dabei wird auch Gewähr dafür gegeben werden, dass gleichzeitig mit der Biersteuersenkung eine kräftige Bierpreissenkung eintreten wird.

SPD. Bochum, 9. März (Eig. Drahtb.)

In Beckum wurde der Kommunistenführer und Kreistagsabgeordnete Pawlowski verhaftet. Er ist der Teilnahme an den grossen Sprengstoffdiebstählen in Geescke verdächtig.

SPD. Das Reichswehrministerium gibt bekannt:

In der Zeit vom 1. Januar bis zum 1. März 1932 sind von den Dienststellen der Reichswehr insgesamt 63 kommunistische Zersetzungsversuche, in den meisten Fällen durch Flugblattverteilung, gemeldet worden. 19 Kommunisten hat die Truppe selbst auf frischer Tat ertappt, während sieben durch die Polizei festgenommen wurden. In der gleichen Zeit wurden 11 Angriffe auf Munitionslager gemeldet, die alle, meist unter Anwendung der Waffe, vereitelt wurden. In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, dass das Reichsgericht im Jahre 1931 gegen nicht weniger als zehn Personen wegen Zersetzung der Wehrmacht verhandelte und dabei Strafen von insgesamt 16½ Jahren Festungshaft verhängte.

SPD. Madrid, 9. März (Eig. Drahtb.)

Die streikenden Syndikalisten in Toledo bedrohten und beleidigten am Dienstag einen sozialistischen Abgeordneten, bewarfen die Touristenautos mit Steinen und verwundeten vier Polizeibeamte schwer. Der Streik nimmt revolutionären Charakter an.

SPD. Paris, 9. März (Eig. Drahtb.)

Royalistische Rowdys störten am Dienstag-Abend eine Friedenskundgebung in Arles bei Marseille, in der ein Fräulein Perlen aus Stuttgart sprechen sollte. In dem Versammlungslokal kam es zu einer heftigen Schlägerei, sodass die Veranstalter die Versammlung aufheben mussten. Auf der Strasse wurde die Schlägerei zwischen Pazifisten und Royalisten fortgesetzt. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Verwundete. Die Polizei verhaftete einen Royalisten.

SPD. Breslau, 9. März (Eig. Drahtb.)

Die nationalsozialistische Mordpest hat in Schlesien schon wieder ein Opfer gefordert. Im Hause Uferstrasse 32 in Breslau schossen Flugzettel verteilende Nationalsozialisten am Mittwoch einen Sozialdemokraten namens Hermann Günter, der die Annahme ihrer Flugblätter verweigerte, über den Haufen. Günter der seit dem Jahre 1906 der SPD angehört, erhielt sieben Schüsse, davon drei in die Brust. Er wurde in die Universitätsklinik geschafft, wo er sich sofort einer Operation unterziehen musste. Neun Nationalsozialisten wurden verhaftet.

Amtlich wird zu der Bluttat festgestellt, dass die Schuld ausschliesslich die Nationalsozialisten trifft. Wer der feige Schütze war, konnte bisher nicht festgestellt werden. Das Lokal, von dem aus die Verbreitung der Wahlzettel erfolgt, wurde polizeilich geschlossen.

SPD. Braunschweig, 9. März (Eig. Drahtb.)

Die Braunschweiger Nazis haben ihre in den Kasernen untergebrachten Soldknechte auf "höchste Alarmstufe" gebracht. Welche Erwartungen die Hitlerleute auf den 13. März setzen, geht daraus hervor, dass an die SA und SS Verbands-päckchen ausgegeben worden sind.

Die Umtriebe der bewaffneten Hakenkreuzler sind selbst der braunschweigischen Polizei inzwischen zu toll geworden, sodass sie in der letzten Nacht 28 Nazis festnehmen musste, die als Klebekolonie getarnt auftraten. Bei der Durchsuchung der Festgenommenen fand man Dolche, feststehende Messer, Schusswaffen und Munition. Man darf gespannt sein, ob diese Nazis, die nach der Notverordnung mindestens drei Monate Gefängnis zu erwarten haben, wieder laufen gelassen werden.

Ein "Trommelfeuer" der Nazi-Partei auf die braunschweigischen Betriebe endete mit einer einmütigen Abwehr der Belegschaften. So war eine Nazi-Betriebsversammlung für die beiden grössten Werke Mag und Büssing, die insgesamt 2000 Mann Belegschaft umfassen, von sage und schreibe 68 Mann besucht. Davon war der grösste Teil SA-Saalschutz, der Rest setzte sich aus Ingenieuren, kaufmännischen und technischen Angestellten zusammen. Ganze zwei Betriebsarbeiter waren erschienen - als Horchposten der freien Gewerkschaften. Ähnlich war die Nazi-Partei in den übrigen Betriebsversammlungen.

SPD. Hamburg, 9. März (Eig. Drahtb.)

Das Hamburger Landgericht hat am Mittwoch die von Hitler gegen das "Echo der Woche" erwirkte einstweilige Verfügung wegen der Veröffentlichung des Artikels "Kamerad Hitler", der sich mit Hitlers "Fronterlebnis" beschäftigt, aufgehoben. Der Beklagten ist lediglich untersagt, zu verbreiten, dass sich der Kläger in Österreich seiner Wehrpflicht entzogen habe, um einer Bestrafung als Deserteur zu entgehen, der deutschen Armee als Freiwilliger beigetreten sei und weiter die Dienstleistung des Klägers so darzustellen, als ob der Kläger sich seiner Pflicht als Soldat zu entziehen versucht hätte.

Die Behauptung, Hitler sei ein österreichischer Deserteur ist monatelang unwidersprochen durch die Presse und Parlamente gegangen. Nachdem Hitler kürzlich eine amtliche Bescheinigung darüber beigebracht hat, dass er wegen Körperschwäche militärunfähig gewesen sei, konnte die Behauptung als erledigt betrachtet werden. Die weitere Auflage des Urteils, mit der untersagt wird, die Dienstleistung Hitlers als Soldat so darzustellen, als ob er sich seiner Dienstpflicht als Soldat zu entziehen versucht hätte, trifft das "Echo der Woche" nicht. Es ist nie behauptet worden, dass Hitler sich seiner Pflicht als Soldat entzogen habe. Sinn und Absicht der Veröffentlichung war, nachzuweisen, dass Hitler sich nicht in der Weise vor den Millionen Frontsoldaten durch besonderes Heldentum ausgezeichnet habe, wie es von seinen Anhängern mit alle übrigen Frontsoldaten beleidigenden Uebertreibungen dargestellt wird. Die Legende, die bewusst um Hitler gebildet werden soll, sollte zerstört werden. Das Urteil des Hamburger Landgerichts trifft also in diesem Punkt ins Leere. Es kann durchaus als ein Erfolg angesprochen werden, wenn der "überragende Kriegsheld" Hitler entthront wird.

In einem merkwürdigen Missverhältnis zu dem Urteil des Landgerichts steht die im Urteil ausgesprochene Kostenverteilung, nach der der Kläger 1/4 und die Beklagte 3/4 der Kosten zu tragen haben. Die Beklagten haben gegen diese Kostenverteilung bereits Beschwerde beim Oberlandesgericht erhoben.

SPD. Vor dem Berliner Arbeitsamt Nordost kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen "politisierenden" Nationalsozialisten und Kommunisten. Auf beiden Seiten gab es Verletzte. 61 Nazis, die sich auch nach dem Eingreifen der Polizei noch nicht beruhigen wollten, wurden festgenommen. Nach den bisherigen Ermittlungen steht fest, dass die Nazis die Provokateure und Angreifer waren.

SPD. Hannover, 9. März (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Mittwoch drang eine Horde von etwa 20 Nazis in ein Verkehrslokal der Republikaner in einem Vorort Hannovers ein. Sie suchten hier nach Reichsbannerleuten, an denen sie ihre Rachelust kühlen wollten. Sämtliche Nazis waren mit Knütteln und Stahlruten bewaffnet. Ein junger Reichsbannermann, der an einem Tische sass, wurde blutig geschlagen. Dann zog sich die Bande schleunigst zurück, blieb aber in kleineren Gruppen in der Nähe des Lokals, um weitere Ueberfälle ausführen zu können. Ein Ueberfallkommando aus Hannover stellte den Tatbestand fest, konnte aber die Rowdies nicht dingfest machen.

Als das Ueberfallkommando bereits wieder auf dem Weg nach Hannover war, versuchten die Nazis abermals ihre Absichten durchzuführen, wurden aber von einem zweiten Ueberfallkommando daran gehindert. Das Ueberfallkommando konnte die Nazikaserne, eine ehemalige Hutfabrik, in das sich die Nazis zurückgezogen hatten, feststellen. Die sofort vorgenommene Durchsuchung förderte eine große Anzahl Hieb- und Stichwaffen zutage. Die Polizei verhaftete 6 Nazis, die dem Schnellrichter vorgeführt wurden.

SPD. New York, 9. März (Eig. Drahtb.)

In Camden bei Philadelphia explodierte ein Gastank des dortigen Elektrizitäts- und Gaswerks. 14 Arbeiter wurden getötet, 5 schwer verletzt, 10 Personen werden noch vermisst. Die Opfer der Katastrophe waren Arbeitslose, die zur Reinigung der entleerten Gastanks für einige Tage verpflichtet waren.

SPD. Der Staatssekretär des Dritten Reichs, Herr Röhm, hat nach der Veröffentlichung seines Briefes durch die Nazi-Presse erklären lassen, dass er gegen die Urheber der Veröffentlichung wegen "Verleumdung" eine einstweilige Verfügung erwirkt habe. Das war am Dienstag. Heute ist Donnerstag, ohne dass die einstweilige Verfügung bisher in den Besitz derer gelangt wäre, denen sie angeblich zugedacht ist.

Im übrigen dürfte es Herrn Röhm und seine Gemahlinnen mit Schnurrbärten interessieren, dass die "Welt am Montag", die zuerst einen Brief von Röhm veröffentlichte und gegen die sich angeblich die erste einstweilige Verfügung gerichtet hat, bis auf die letzte Nummer ausverkauft ist.

SPD. Bukarest, 9. März (Eig. Drahtb.)

Infolge der Schneesmelze überschwemmte die Donau, die Hochwasser mit sich führt, weite Mündungsgebiete. Besonders schwer wurde die Stadt Chilianaua heimgesucht, deren untere Stadtteile vollständig unter Wasser stehen. Ueber 1000 Häuser mussten in der Nacht zum Mittwoch wegen Einsturzgefahr geräumt werden. Die Bewohner flüchteten vielfach halbnackt. Infolge der rechtzeitigen Räumung sind Menschenleben nicht zu beklagen. Die Verwüstungen sind unbeschreiblich. Zahlreiche eingestürzte Häuser ragen aus den Fluten empor, die nach wie vor ansteigen. 1200 Familien sind obdachlos.

SPD. Madrid, 9. März (Eig. Drahtb.)

Die spanische Kammer nahm den Staatshaushalt für das laufende Jahr an. Das Gehalt des Nuntius als Präsident des Geistlichen Gerichtshofes wurde gestrichen, da Spanien als Laienstaat auch in Ehescheidungssachen nur die Zivilgerichte anerkennt. Der Ministerpräsident gab im Verlauf der Kammersitzung eine entsprechende Erklärung ab.

SPD. Das Gerücht, dass der Berliner Gauleiter der Nazis, der Heimkrieger Goebbels, verwandtschaftliche Beziehungen zu Juden hat, bestätigt sich jetzt. Die Schwiegermutter des Herrn Goebbels ist eine Frau Auguste Friedländer, Berlin NW 87, Flensburger Str. 17. Die Dame betreibt ein Drogeriegeschäft, das bis vor kurzer Zeit noch auf den Namen Friedländer lautete, seit einigen Wochen aber unter dem Mädchennamen der Frau Friedländer geführt wird. In dem kürzlich erschienenen neuen Telefonbuch ist die Drogerie jedoch noch unter dem Namen Friedländer verzeichnet. Der frühere Gatte der Frau Friedländer ist Mitglied der jüdischen Religionsgemeinschaft. Die Ehe wurde vor einiger Zeit geschieden.

Es ist also festzustellen, dass der Reichspropagandaleiter Hitlers eine Frau hat, deren Mutter nach dem Jargon seiner Parteifreunde den Tatbestand des Rassenverrats erfüllt.

Aus aller Welt

Bankier Eliopolous.

Finanzier einer Rauschgiftschmugglerbande im Rheingold-Express verhaftet.

SPD. • Auf dem Hauptbahnhof in Mannheim wurde aus dem Rheingold-Express heraus der griechische Bankier Eliopolous verhaftet. Eliopolous kam von Rotterdam und wollte in die Schweiz. Die Unterbrechung der Reise in Mannheim geschah aufgrund der Ermittlungen und auf Veranlassung des Rauschgiftdezernates der Berliner Kriminalpolizei. Diese Stelle hat den sofort nach Berlin überführten Bankier auch schon verhört: der Verdacht bestätigte sich, dass Eliopolous der Finanzier einer der grössten internationalen Rauschgiftschmugglerbanden ist. Ein anderes führendes Mitglied dieser Bande, der Rauschgift Händler del Gracio, genannt "Little Angy", ist bereits am 5. Dezember vorigen Jahres festgenommen worden.

Der Hamburger Fund.

Auch die Verhaftung del Gracios war im Zuge und zwar im Zürich-Berlin-Express erfolgt. Die Vernehmung des Verhafteten bot Anhaltspunkte genug, um der gefährlichen Sache, die del Gracio betrieb, näher auf den Grund zu gehen. Die intensive Zusammenarbeit der Polizeibehörden von Berlin, Hamburg, Paris, Marseille und Konstantinopel war von Erfolg gekrönt: es gelang, im Hamburger Freihafen ein riesiges Rauschgiftlager auszuheben. 650 Kilogramm Heroin und 250 Kilogramm Morphin wurden beschlagnahmt.

Gleichzeitig wurde in Hamburg ein gewisser Beier, verhaftet: der Mittelsmann zwischen den Rauschgiftkäufern in Europa und Asien und den europäischen und amerikanischen Lieferanten; ferner - in Berlin - der afghanische Staatsangehörige Mos, dessen Name übrigens noch nicht einwandfrei feststeht; schliesslich - in Paris - der griechische Staatsangehörige Gurevides.

Schrankkoffer mit Doppelböden.

Trotz dieser Verhaftungen musste das Berliner Rauschgiftdezernat konstatieren, dass der internationale Rauschgiftschmuggel in grösserem Ausmass weitergeführt wurde. Aus bei Mos beschlagnahmten Papieren wurde der Schluss gezogen, dass ein Schiffstransport mit grösseren Quantitäten Heroin von Hamburg nach Tientsin (China) abgegangen sein muss. Die chinesische Polizei wurde auf funktentelegraphischem Wege auf das Eintreffen des Giftschiffes aufmerksam gemacht. Als der verdächtige Dampfer im Hafen von Tientsin einlief, wurde er genau durchsucht. In drei Schrankkoffern mit Doppelböden fand man zahlreiche Kilogramm Päckchen mit Heroin...

In China sollte das Gift an den Mann oder - besser gesagt - ins Volk gebracht werden. Mit hohem Gewinn natürlich. Schon lange machen sich die internationalen Rauschgiftkapitalisten auf Kosten der Aermsten der chinesischen Armen, die sie bewusst ins Verderben führen, reich. Ebenso wie in Aegypten ist auch im fernen Osten die Rauschgiftseuche zu einer wirklichen Not des ausgebeuteten und begreiflicherweise nach Betäubungsmitteln suchenden Volks geworden.

Paris - Athen.

Nun suchte man nach dem Finanzier der Bande. Aus den bei del Gracio, Mos und Gurevides aufgefundenen Papieren ging hervor, dass der Bankier der Griechen Eliopolous zu sein schien. Eliopolous unterhält in Athen und in Paris ein Bankgeschäft. Die ausländischen Behörden wollten zuerst nicht zur Verhaftung schreiten, da ihnen das Belastungsmaterial noch nicht ausreichend erschien. Das Berliner Rauschgiftdezernat war anderer Meinung. Es nahm Veranlassung,

Eliopolous verhaften zu lassen, als er Deutschland durchreiste. Schon jetzt lässt sich sagen, dass die Verhaftung des Bankiers vollauf gerechtfertigt war: Eliopolous ist einer der Hauptschuldigen der del Gracio-Bande, die allein in den letzten Monaten für etwa drei Millionen Mark Morphium und Heroin verschoben haben dürfte. Weitere Festnahmen stehen bevor.

Vierer schon gefälscht! Die erstmalig am Dienstag verausgabten Vierpfennigstücke haben bereits - in Berlin - ihre Fälscher gefunden. Die Fälschmünzer haben die Geldstücke, deren Adler auf der Rückseite dem Adler auf dem ungefähr gleich grossen und gleich schweren Einmarkstück ähneln, mit einer dünnen Silberlegierung überzogen. In zahlreichen Fällen gelang es den Fälschern, die Münzen als Einmarkstücke abzusetzen, indem sie bei Bezahlungen jeweils die Adlerseite nach oben legten. Das Berliner Falschgelddezernat nimmt an, dass die Fälschungen von "Einzelgängern" vorgenommen worden sind.

Iduna-Verfahren. Von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I Berlin wurde gegen den früheren Generaldirektor des Iduna-Germania-Konzerns, Walter Klein, ein Verfahren wegen des Verdachts handelsrechtlicher Untreue eingeleitet. Durch ungesetzliche Aktien- und Kredit-Transaktionen soll der Iduna-Konzern um 8 bis 9 Millionen Mark geschädigt worden sein.

Devisenschieber. Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I in Berlin erhob Anklage wegen Verstosses gegen die Devisennotverordnung gegen den Biocitin-G.m.b.H.-Geschäftsführer Grille und gegen das Aufsichtsratsmitglied der Biocitin-Gesellschaft Schwarz. Grille und Schwarz werden beschuldigt, Akzente über 260 000 Mark nach Holland ausgeführt zu haben.

Billige Einkäufe... In Recklinghausen wurden sechs erheblich vorbestrafte junge Männer unter der Beschuldigung der Erpressung verhaftet. Die Festgenommenen hatten von zahlreichen Geschäftsleuten unter Drohungen fortgesetzt Getränke und Zigaretten erpresst. Sie kündigten an, im Weigerungsfalle die betreffenden Geschäfte zu verwüsten oder ihre Inhaber totzuschlagen. Die Verbrecher hatten längere Zeit Erfolg, weil aus Furcht vor Rache niemand Anzeige erstattete. Nur durch einen Zufall erhielt die Polizei von dem üblen Treiben Kenntnis.

Dieb des Königsmantels? In einem Hotel in Dresden wurde unter dem Verdacht, den hawaiischen Königsmantel aus dem Ethnographischen Institut der Universität Göttingen gestohlen zu haben, ein Student Pflieghar verhaftet. Pflieghar beteuert seine Unschuld. Die Durchsuchung seines Reisegepäcks verlief ergebnislos. Trotzdem wird Pflieghar vorläufig in Haft behalten.

Versicherungsschwindel. In Olmütz (Tschechoslowakei) wurden die leitenden Funktionäre der Versicherungsgesellschaft "Humania" verhaftet. Die "Humania" betrieb in allen grösseren Städten der Tschechoslowakei ein grosses Versicherungsgeschäft für Heiratsgut und Brautausstattungen. Fast 7 000 Personen zahlten Prämien in Höhe von je 300 tschechischen Kronen, ohne dass sich jedoch die Versicherungsgesellschaft jemals zu einer Gegegenleistung bereit fand. Das ganze "Geschäft" war nichts weiter als ein grossangelegter Schwindel.

Einsturzunglück. Im Asten (Holland) stürzte beim Abbruch eines alten Gebäudes das Mauerwerk ein. Ein Landwirthehepaar wurde verschüttet und getötet. Neun kleine Kinder bleiben unversorgt zurück.

Gewerkschaftliche Rundschau

Die Arbeitslosigkeit der Angestellten .

SPD. Der Arbeitslosenausschuss des Internationalen Arbeitsamtes hat diese Tage in Genf im Zusammenhang mit seinen Bestrebungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu dem Arbeitslosenproblem der Angestellten Stellung genommen. Nach eingehender Aussprache fasste der Ausschuss in einer einstimmig angenommenen Entschliessung seine Stellungnahme in folgenden Hauptforderungen zusammen:

Unter den gegenwärtigen Umständen ist es mehr denn je notwendig, in den einzelnen Ländern das Uebereinkommen über die Regelung der Arbeitszeit im Handel und in den Büros zu ratifizieren. Wo eine Ratifizierung zunächst nicht erfolgt, sollten zum mindesten die in dem Uebereinkommen aufgestellten Grundsätze allgemein angewandt werden. Ueberstunden sind nur noch da zulässig, wo sie aus technischen und jahreszeitlichen Gründen oder zur Verhütung drohender Unfälle unentbehrlich sind. Die Vorschriften über die Wochenruhe und die Urlaubsbestimmungen müssen auf das strengste eingehalten werden. Entlassungen sind soweit als möglich zu vermeiden und zwar durch Verkürzung der Arbeitszeit oder schichtweiser Auswechslung der Belegschaften. Die hierbei zu berücksichtigende Frage des Gehaltsausgleichs ist von Fall zu Fall zu regeln. Die Bestimmungen über Kündigungsfristen und Entschädigungen infolge Entlassung sollen unter den gegenwärtigen Umständen in grosszügiger Weise zugunsten der Angestellten angewandt werden, wobei die Dienstjahre besonders zu berücksichtigen sind. Personen, die schon Pensionsansprüche haben, dürfen von den öffentlichen Verwaltungen nicht beschäftigt werden.

Im Übrigen macht der Ausschuss in seiner Entschliessung darauf aufmerksam, dass die Krise die Notwendigkeit einer Ausdehnung der Sozialversicherung einschliesslich der Arbeitslosenversicherung auf die Angestellten dringend erforderlich erscheinen lasse und zwar in allen Ländern, in denen die Angestellten noch nicht der Versicherungspflicht unterliegen. Auch hat sich nach der Auffassung des Ausschusses die Notwendigkeit einer wirksameren Ausgestaltung der öffentlichen Arbeitsvermittlung der Angestellten aus den Folgen der Krise ergeben.

Die Entschliessung des Arbeitslosenausschusses wird dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes auf seiner Apriltagung vorgelegt werden.

SPD. Das Reichskabinett hat, wie der Reichsarbeitsminister Stegerwald dem Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes, Soherff, bei einem Zusammentreffen auf einer Reise im Eahlkampff mitteilte, in Aussicht genommen, die Kündigungsfristen der Tarifverträge für bestimmte Gewerbe, bzw. Arbeitnehmergruppen über den 30. April hinaus zu verlängern. Gegenüber den Gerüchten, wonach in Kürze ein weiterer Beamtengehälterabbau eintrete, erklärte der Minister mit grösster Entschiedenheit, dass die Reichsregierung Gehaltskürzungen nicht beabsichtige. Diese Erklärung des Reichsarbeitsministers in der Gehaltsfrage deckt sich mit der Reichsfinanzministers Dietrich und der Haltung des preussischen Ministerpräsidenten Braun.

SPD. Der Deutsche Landarbeiterverband veranstaltete dieser Tage in Mitteldeutschland eine Reihe grosser Landarbeiterkundgebungen gegen neue Bedrohung der Löhne durch die landwirtschaftlichen Arbeitgeber. Die Kundgebungen, die in Magdeburg, Halle, Erfurt, Kassel und Dresden stattfanden, erfreuten sich eines ausserordentlich guten Besuches. In Magdeburg wurden allein über 1200 Teilnehmer gezählt. Aus den entlegensten Dörfern waren die Landarbeiter zu den Kundgebungen herbeigeeilt, die auch bei den Behörden und bei der Presse starke Beachtung fanden.

Für die mitteldeutsche Landwirtschaft waren im Zusammenhang mit der letzten Notverordnung die Löhne durch den Schiedsspruch eines ausserordentlichen Schlichters neu geregelt worden. Der Spruch brachte eine Kürzung der Spitzenbarlöhne in allen Arbeitergruppen - mit Ausnahme des Freistaates Sachsen - um 15 %, jedoch nicht unter den Lohnstand vom 10. Januar 1927. In den Fällen, wo nach dem verbindlich erklärten Schiedsspruch vom 12. März 1931 die Erntezulagen fortfallen, sowie im Freistaat Sachsen, ermässigte sich die Senkung auf 10 %. Die Geschirrführerzulagen gelten, soweit sie nicht auf Stundenlöhne abgestellt sind, nach der Entscheidung des Schlichters nicht als kürzungsfähig. Mit dieser Regelung sind die landwirtschaftlichen Unternehmer Mitteldeutschlands höchst unzufrieden. Sie haben bei dem Reichskanzler und dem Reichsernährungsminister dagegen Protest erhoben und dem Reichsarbeitsminister ihr Misstrauen ausgesprochen. Sie verlangen u. a. auch beim Deputat und bei allen Zulagen mindestens eine Kürzung im Umfang der Barlohnkürzung. Ebenso fordern sie, Männer mit Rübenarbeiten zum Frauenlohn beschäftigen zu dürfen.

In den Kundgebungen der Landarbeiter wurde, wie aus ihrer einstimmig angenommenen Entschliessung hervorgeht, gegen jede weitere Verschlechterung der Löhne und der Arbeitsbedingungen energisch Front gemacht. Diese Abwehrstellung wird damit begründet, dass durch den Niedergang der Preise für landwirtschaftliche Produkte bereits eine bedeutende Entwertung der Deputate erfolgt sei und die Löhne in Mitteldeutschland durch den 1931 zweimal vorgenommenen Lohnabbau ein Tiefstand erreicht hätten, der unmöglich noch mehr unterschritten werden könne. Die Leitung des Deutschen Landarbeiterverbandes wird in der Entschliessung beauftragt, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Vorstoss der Arbeitgeber abzuwehren.

SPD. Die Wirtschaftskrise hat im polnischen Bergbau unerträgliche Zustände geschaffen. Das Bergarbeiterelend hat unheimliche Formen angenommen. Die arbeitslosen Bergleute - zum 31. März sollen weitere 28 000 Mann in Ost-Oberschlesien entlassen werden - sind in ihrer Verzweiflung jetzt dazu übergegangen, "wilde Gruben" aufzumachen. Sie graben jetzt auf eigene Faust nach Kohle. Wieviel solcher Gruben auf Feldern, wo man in verhältnismässig geringer Tiefe Kohle vermutet, bereits in "Betrieb" sind, lässt sich nur schwer feststellen; man schätzt ihre Zahl bereits auf etwa 600. Die verzweifelten Bergleute kämpfen sich den Teufel um das Mutungsrecht und setzen sich, wenn man sie vertreiben will, gegen die Grundstücksbesitzer mit Gewalt zur Wehr. So wird aus Dombrowa gemeldet, dass in einem solchen Fall bei einer Schlägerei der Grundstücksbesitzer erschlagen wurde. Die mühsam geförderte Kohle wird verkauft. Auf diese Weise versuchen die arbeitslosen Bergleute etwas ihrem Elend zu steuern.

Die Behörden sind gegenüber dieser Verzweiflungsaktion der Bergarbeiter sehr zurückhaltend. Sie wissen, dass man gegen den Hunger auf die Dauer weder mit dem Strafgesetzbuch noch mit dem Schiessprügel ankämpfen kann; sie hoffen, der wilde Kohlenabbau werde sich eines Tages wieder von selbst totlaufen.

Auch mit Hilfe des Verkaufs von Deputatkohle versuchen sich viele Bergarbeiter zu ihrem geringen Lohn noch ein paar Groschen hinzuzuverdienen. Sie

früher lieber zu Hause, weil sie Brot haben müssen. Ueberall in den polnisch-
oberschlesischen Ortschaften wird auf Handwagen angefahrene Kohle zu Schlei-
derpreisen angeboten. Kohlendiebstähle sind heute in Polen ebenfalls an der
Tagesordnung, und in manchen Gegenden haben sich förmliche Wildwestzustände he-
ausgebildet. Die Kohlenzüge werden überfallen, weil die Kohle infolge des von
der Regierung versuchten gewaltsamen Kohlenexports für den Arbeitern und Bau-
ern unerschwinglich geworden ist.

+

Die polnische Regierung hat einen Gesetzentwurf zur - Verlängerung der
Arbeitszeit eingebracht. Er soll die Möglichkeit schaffen, dass in Betrieben, in
denen nur 5 Tage in der Woche gearbeitet wird, die tägliche Arbeitszeit auf 9
Stunden täglich ausgedehnt werden kann. In den Krankenhäusern soll nach dem
Gesetzentwurf die Wochenarbeitszeit bis zu 60 Stunden betragen.

SPD. In der westsächsischen Textilindustrie haben die Arbeitgeber den
Manteltarif zu Ende April gekündigt. Er war bereits zu Ende Dezember gekün-
digt worden, wurde dann aber durch die Notverordnung bis Ende April verlängert.

SPD. Der Preussische Kultusminister hat die Oberpräsidenten und Re-
gierungspräsidenten angewiesen, dafür zu sorgen, dass nicht Schulkinder zum
Zweck der Unterdrückung von Lohnkämpfen in der Landwirtschaft beschäftigt
werden. Mit der für die Behörden gebotenen Neutralität in Arbeitskonflikten
sei es unvereinbar, z.B. durch Verlegung von Schulferien und Ausfall von Un-
terrichtsstunden in den Verlauf von Lohnkämpfen einzugreifen.

SPD. In Holland haben die Unternehmer der Steinkohlengruben des Limburger
Reviere einen Lohnabbau um 10 % verlangt. Die Bergarbeiterverbände lehnen die-
se Forderung einmütig ab. Die Löhne des Limburger Reviere sind seit 1921 um
30 % zurückgegangen, während sich die Arbeitsleistung pro Schicht mehr als ver-
doppelt hat. Der Allgemeine Niederländische Bergarbeiterverband empfiehlt den
Unternehmern, zur Vermeidung eines Lohnabbaus keine Abschreibungen vorzunehmen.
Dadurch bliebe den Betrieben ein Betrag von 7,2 Millionen Gulden zur Verfügung
Auch könnten sich die Aktionäre für die beiden kommenden Jahre mit dem Zins-
fuss begnügen, den die Reichspost-Sparbank den kleinen Sparern zahle. Schliess-
lich könne eine stufenweise Verringerung aller Gehälter von mehr als 5 000
Gulden pro Jahr eintreten, sodass Bezüge von 20 000 Gulden und mehr um 50 % ge-
kürzt würden.

SPD. Die radikalen Parteien agitieren im Wahlkampf sehr stark mit dem
Argument, die preussische Regierung werde, sobald die Wahl des Reichspräsidenten
vorbei sei, von sich aus eine Senkung der Beamtengehälter vornehmen. Dem Deut-
schen Beamtenbund wurde dazu von der Pressestelle des Preussischen Staatsmi-
nisteriums mitgeteilt, dass bei keiner verantwortlichen Stelle der Preussischen
Staatsregierung die Absicht einer Gehaltssenkung für die Beamtenschaft besteht



Der Staat als Unternehmer.

Wirtschaftliche Funktionen und Aufgaben der öffentlichen Unternehmungen.

1935. Der Staatssekretär im Preussischen Handelsministerium, Dr. Hans Staudinger, hat in der Schriftenreihe "Du und der Staat" (Verlag Gersbach & Sohn, Berlin W.35), ein kleines Schriftchen veröffentlicht, das sich durch den Titel "Der Staat als Unternehmer" charakterisiert.

In einer Zeit, in der im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Bewegung Millionen einem Pseudosozialismus verfallen sind, der in seiner Primitivität und in seiner Unlogik an die Zeit vor Marx und Engels, den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus, erinnert und der durchweg als Krankheitserscheinung, im besten Falle als Reaktion gegen die Auswüchse des heutigen Trustkapitals zu werten ist, gehört dazu schon Mut, vor allem Ueberzeugtheit von der Idee der staatlichen Wirtschaft. Ueber beides verfügt Staudinger. Im übrigen hat es der Verfasser leicht, für seine Idee zu werben. Er kann darauf verweisen, dass die staatliche Wirtschaft in Deutschland, was Vielen, die täglich in hemmungsloser Weise gegen die öffentliche Wirtschaft wettern, nicht genügend bekannt sein wird, eine sehr alte Angelegenheit ist und sich schon lange vor dem Kriege organisch entwickelte. Weiter spricht für die Idee der staatlichen Wirtschaft die Leistung dieser Wirtschaft, ihr Wirken im Bergbau, in der Energieerzeugung und Energieverteilung, im Verkehrswesen, in der Wohnungswirtschaft, in der Landwirtschaft und im Bankwesen, was Staudinger in mehreren Kapiteln eindrucksvoll darstellt. Den Schwerpunkt der Darlegungen sehen wir aber in der Kennzeichnung der volkswirtschaftlichen Funktionen der öffentlichen Unternehmungen und ihrer Aufgabe in der nächsten Zukunft.

"Nicht in der Leistungsfähigkeit allein liegt die Existenzberechtigung der öffentlichen Wirtschaft, sondern in der Ausrichtung ihrer Wirtschaftstätigkeit auf die Allgemeinheit, in ihrer Gegenwirkung gegen die nun einmal naturnotwendig einseitigen Interessen des Privatunternehmens." Staudinger begründet: "Sowohl die vielfach verheerenden Folgen der freien Konkurrenz als auch die Entwicklung der privaten Wirtschaft zu immer wachsender Konzentration der Unternehmungen und die zunehmende monopolistische Bindung der Produktion haben die öffentliche Wirtschaft als Gegenwirkung entstehen lassen. Zur Abwehr schädlicher Auswirkungen der herrschenden Wirtschaftsverfassung sind die öffentlichen Körperschaften als Vertreter der Allgemeinheit zu eigener Unternehmertätigkeit übergegangen, um volkswirtschaftlich rationalisierend zu wirken, indem sie vor allem unvermeidliche Monopole in die öffentliche Hand überführten und private Monopolbildung durch aktive Beteiligung im Interesse der Gesamtheit zu beeinflussen suchten. Jedenfalls kann sich der Sinn unserer öffentlichen Wirtschaft nur darin erfüllen, im volkswirtschaftlichen Interesse zu wirken d.h. unter sorgfältigster Abwägung von Leistung und Preisen eine zunehmend bessere Versorgung der Allgemeinheit zu sichern. Die öffentliche Wirtschaft erhält im Gegensatz zur Privatwirtschaft ihren inneren Antrieb vom Dienstwillen an der Gesamtheit". Auch die öffentlichen Unternehmungen werden den Grundsatz der Rentabilität streng beachten müssen. Auch im öffentlichen Erwerbsbetrieb ist den Rentenerzielung nicht auszuschliessen: aber "das darf niemals Selbstzweck werden; selbst dort, wo die öffentlichen Unternehmungen

ganz als Erwerbsbetrieb ausgebaut sind, müssen sie immer ein darüber hinausgehendes Interesse verfolgen". Hinsichtlich der öffentlichen Wirtschaft und der Privatwirtschaft kommt Staudinger zu folgender Schlussfolgerung: "Nicht eine auf Missverständnis beruhende Kampfstellung, sondern gemeinsame Bemühung um eine sinnvolle Arbeitsteilung muss das Ziel dieser beiden, in der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus gleichberechtigten Unternehmungsfirmen sein". Das müsse die freien Gruppen der Privatwirtschaft endlich geboten sein lassen, eine ihren Interessen entsprechende Einstellung der öffentlichen Wirtschaft gegenüber zu finden.

Die Aufgabe der öffentlichen Unternehmungen in der nächsten Zukunft wird dahin gekennzeichnet, dass "je nachdem der Staat im weiteren Verlauf der Krise gezwungen sein wird, seinen Einflussbereich auf die Wirtschaft auszudehnen, sich die weitere Politik der öffentlichen Unternehmungen, ihr innerer organisatorischer Ausbau und ihre gesamtwirtschaftliche Funktion, gestalten muss." Die Durchführung wird davon abhängen, "dass einheitliche wirtschaftspolitische Richtlinien von den staatlichen Aufsichtsämtern im Reich und den Ländern aufgestellt werden. Einheitliche Grundsätze der Produktion-, Kapital- und Konjunkturpolitik vermögen erst den vollen Einfluss zur Geltung zu bringen, den heute die öffentlichen Körperschaften durch ihre unternehmerische Tätigkeit auf die Volkswirtschaft ausüben können. Ein Zentralismus des grossen Zieles, nicht der einzelnen Mittel bleibt anzustreben."

"Auch die Frage des Rechträgers ist keineswegs für die Zukunft so zu beantworten, dass Reich und Länder die Unternehmungen selbst führen müssten. Die Entwicklungslinie scheint, insbesondere bei den Versorgungsbetrieben, dahin zu gehen, den kommunalen Einfluss auch bei den interlokalen Unternehmungen, die sich über ganze Bezirke erstrecken, stärker hervortreten zu lassen. Dabei wird auch die Aufgabe des Ausgleichs und der Zusammenfassung, die bisher hauptsächlich dem Staat zufiel, besonders in Norddeutschland mehr und mehr auf die provinzielle Selbstverwaltung übergehen können. Voraussetzung dafür ist freilich das klare Bewusstsein sowohl des Staates wie der Kommunen, dass in ihrer Unternehmertätigkeit Gegensätze zwischen ihnen nicht aufkommen dürfen, dass es vielmehr ihre gemeinsame Aufgabe ist, die nach Lage der Technik, des Rohstoffstandortes und des Bedarfsgebietes jeweils wirtschaftlichste Form der öffentlichen Unternehmung auszubilden. Es muss als eine reine Zweckmässigkeitsfrage anerkannt werden, ob durch den Unternehmer Staat oder durch den Unternehmer Provinz oder Gemeinde das wirtschaftliche Ziel am besten erreicht wird. Damit münden die Zukunftsaufgaben der öffentlichen Unternehmung in die umfassenden Probleme der allgemeinen Wirtschaftspolitik und des gesamten Verwaltungsaufbaues ein. Wenn aber die öffentliche Unternehmung in den letzten Jahrzehnten ein wesentlicher Faktor moderner Volkswohlstandpolitik geworden ist, wenn sie in der Vielheit ihrer Rechtsformen und Organisationstypen eines der wichtigsten Mittel des "Staatsinterventionismus" darstellt, so wird ihre weitere Ausdehnung doch ausschliesslich eine Frage ihrer wirtschaftlichen Erfolgsmöglichkeiten bleiben. Sie wird immer wieder ihre Existenz durch den Nachweis zu rechtfertigen haben, dass sie unter Preisgabe aller Prestige Gesichtspunkte und aller lokalen und persönlichen Sonderinteressen einheitlich dem Ziele des grössten gesamtwirtschaftlichen Produktionsertrages auf der Grundlage allgemein anerkannten Bedarfs zustrebt."



SPD. Nach dem Ausweis der Reichsbank hat sich die Währungsreserve in der ersten Märzwoche um rund 40,9 Millionen Mark auf 1 036,4 Millionen Mark vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 48,5 Millionen Mark auf 888 Millionen Mark abgenommen, die Bestände an Deckungsdevisen erfuhren eine Zunahme um 7,6 Millionen Mark auf 146,4 Millionen Mark. Die Verminderung der Währungsreserve war voraussehbar und steht im Zusammenhang mit der Rückzah-

lung des 100=Millionen=Dollarkredits, die in einem Ausmass von 10 Prozent erfolgt ist. Die Kreditsumme hat sich um 149,6 Millionen Mark auf 3 682,7 Millionen Mark verringert. (Erste Februarwoche = 3 773,4 Millionen Mark.) Der Wechselkredit, der um 55,4 Millionen Mark zurückging, ist auf 3 268,3 Millionen Mark gesunken, während er sich in der ersten Februarwoche um 170,1 Millionen Mark auf 3 461,7 Millionen Mark ermässigt hatte. Die Lombardbestände haben um 84,6 Millionen Mark auf 218,4 Millionen Mark abgenommen. Sie liegen also weit über dem Bestand in der ersten Februarwoche, wo sie 129 Millionen Mark ausmachten.

Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt 24,8 Prozent gegen 25,2 Prozent in der Vorwoche.

SPD. Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen hat entschieden, dass gemäss § 88 des Versicherungsaufsichtsgesetzes Antrag auf Eröffnung des Konkurses über das Vermögen der Rheinischen Bausparkasse Ges.m.b.H. in Essen zu stellen ist. Bei der "Quelle" Allgemeine Zwecksparkasse Ges.m.b.H. in Stuttgart, deren Berufung gegen die Entscheidung auf Untersagung des Geschäftsbetriebes in der Berufsverhandlung vom 29. Februar 1932 zurückgewiesen worden ist, hat der Senat, um die Möglichkeit für eine Sanierung zu geben, gemäss § 89 des Versicherungsaufsichtsgesetzes ein Zahlungsverbot erlassen.

Weiter sind folgende Entscheidungen getroffen worden: I. Gemäss § 87 des Versicherungsaufsichtsgesetzes ist nachstehend aufgeführten Bausparkassen der Geschäftsbetrieb untersagt worden: a) "Deutsche Wirtschaftshilfe" Bausparkasse G.m.b.H. in Bielefeld. b) "Bauspar" Allgemeine Bauspar-Gesellschaft für Haus- und Grundbesitz m.b.H. in Dortmund. c) Bausparkasse "Deutsche Erde" Gesellschaft m.b.H. in Wüstenrot. Bei den zu b) und c) genannten Bausparkassen hat der Senat die Einsetzung eines Vermögensverwalters angeordnet. II. Bei der Bauspar-Aktien-Gesellschaft in Bremen hat der Senat entschieden, dass gemäss § 88 des Versicherungsaufsichtsgesetzes der Antrag auf Eröffnung des Konkurses gestellt wird. Die Entscheidungen sind noch nicht rechtskräftig. Etwaige Berufungen gegen die Entscheidung zu II, sowie gegen die Entscheidung über die Einsetzung des Vermögensverwalters in den zu I b) und c) genannten Fällen haben keine aufschiebende Wirkung. III. Bei der Neuen Bausparkasse G.m.b.H. in Wüstenrot ist unter Anerkennung der rechtzeitigen Stellung des Antrags gemäss § 133 Abs. 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes eine Ueberwachungsperson auf Grund von § 81 Abs. 2 VAG. eingesetzt.

SPD. Aufgrund des Artikels 48 hat die Reichsregierung am Mittwoch eine Verordnung erlassen, die sich gegen bestimmte Auswüchse im Wirtschaftsleben richtet, aber auch handelspolitische Verschärfungen bringt. Soweit das Zugabewesen, das in dieser Verordnung eine Regelung erfährt, in Frage kommt, handelt es sich um eine Forderung, die auch von den Konsumentenvereinen in der letzten Zeit stark unterstrichen wurde. Weiter will die Verordnung die immer mehr um sich greifende Wirtschaftsspionage bekämpfen. Hier werden gesetzgeberische Massnahmen getroffen, um empfindliche Lücken im Gesetz zu schliessen. Die von den Interessenten erhobene Forderung, den Schutz von Betriebsgeheimnissen auch für die Zeit nach Auflösung des Dienstverhältnisses zu beziehen, hat die Regierung abgelehnt. Die Regierung überlässt das der freien Vereinbarung der Beteiligten. Bei der Einführung von Ausfuhrzöllen handelt es sich hier um einen Versuch, die Ueberführung von Fabriken, Monopolindustrien, Maschinen usw. nach dem Auslande, was in letzter Zeit z.B. infolge der Zollerhöhungen in England in weitestem Masse geschehen ist, zu erschweren, bzw. zu verhindern. Selbstverständlich ist, dass man die infolge der handelspolitischen Erschütterungen ein-

getretene Umlagerung mit diesen Bestimmungen auf die Dauer nicht verhindern kann.

Zolländerungen.

Nach Teil 4 der Verordnung wird die Ermächtigung der Reichsregierung, in Fällen eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses, die Einfuhrzölle abweichend von den geltenden Vorschriften zu regeln und die vorläufige Anwendung zweiseitiger Wirtschaftsabkommen mit ausländischen Staaten zu verordnen (d.h. Handelsverträge ohne Befragen des Reichstages in Kraft zu setzen) die am 23. Februar 1932 abgelaufen ist, verlängert. Weiter werden Massnahmen hinsichtlich der Holzwirtschaft getroffen. Nach den Bestimmungen der neuen Verordnung müsse für Bau- und Nutzholz der Tarifnummern 74 bis 76 und für Eisenbahnschwellen der Tarifnummer 80 die Zölle sofort bezahlt werden. Bisher war es üblich, dass für Holzmassen, die irgendwo lagerten, die Zölle gestundet wurden. Eine ähnliche Regelung für Getreide besteht bereits. Es ergibt sich daraus selbstverständlich eine Erschwerung der Holzeinfuhr.

Zugabewesen.

Nach Teil 1 der Verordnung wird verboten, im geschäftlichen Verkehr auf eine Ware eine Zugabe anzubieten, anzukündigen oder zu gewähren. Eine Zugabe soll auch dann vorliegen, wenn die Zuwendung nur gegen einen, wenn auch geringfügigen, offenbar nur zum Schein verlangten Entgelt gewährt wird. Das gleiche gilt, wenn zur Verschleierung der Zugabe eine Ware oder Leistung mit einer Ware oder Leistung zu einem Gesamtpreis angeboten, angekündigt oder gewährt wird. Schlechthin verboten werden Zugaben, die als Geschenk bezeichnet werden oder von einer Verlosung oder von einem sonstigen Zufall abhängig gemacht werden. Um den beteiligten Kreisen eine Frist für die Umstellung auf den neuen Rechtszustand zu geben, tritt die Vorschrift über das Zugabewesen erst am 1. Juli 1932 in Kraft. Sind bereits vorher Zugaben zugesagt oder ist beispielsweise die erforderliche Zahl der Gutscheine erst teilweise ausgehändigt worden, so bleiben die Vereinbarungen in Kraft, die über die Zugabe getroffen worden sind. Die Bestimmungen gelten nicht für Reklamezustände von geringem Wert, wenn die Zugabe nur die handelsübliche Zuwendung zur Ware besteht, wenn es sich um Ratschläge handelt oder bei den Beziehern einer Zeitung oder Zeitschrift, falls es sich hier um eine sogenannte Abonnentenversicherung handelt, die bei beaufsichtigten Versicherungsunternehmungen oder Versicherungsanstalten abgeschlossen worden ist.

Ausverkaufswesen.

Hier sieht die Verordnung vor, dass Ausverkäufe nur unter bestimmten Voraussetzungen (Aufgabe der gesamten Geschäftsbetriebe, einer Zweigniederlassung oder einer Warengattung) zugelassen sind. Die Befugnisse der Aufsichtsbehörden gegen unzulässige Veranstaltungen werden verstärkt. Ausserdem ist die Schaffung von Einigungsämtern, wie sie bereits jetzt bei den Handelskammern bestehen, in erweitertem Masse vorgesehen. Sie können das Erscheinen des Beklagten erzwingen. Wichtig ist auch die Bestimmung, dass nach Beendigung eines Ausverkaufs dem Geschäftsinhaber vor Ablauf einer Frist von einem Jahre nicht gestattet ist, in dem Ort, in dem der Ausverkauf stattgefunden hat, einen Handel mit der vom Ausverkauf betroffenen Warengattung zu eröffnen. Hier sind nur Ausnahmen durch die Verwaltungsbehörden unter Anhörung der Berufsorganisationen zulässig. Verboten ist auch die Beteiligung bzw. die Tätigkeit in einem anderen Geschäft gleicher Art.

Werksspionage

Die bestehenden Strafbestimmungen werden verschärft; z.B. wird Gefängnis bis zu 5 Jahren dafür angedroht, wenn der Täter weiss, dass ein Fabrikgeheimnis im Ausland verwertet werden soll oder wenn er es selbst im Ausland verwertet. Die Strafvorschriften der Notverordnung gelten auch dann, wenn der Empfänger der Mitteilung, ohne dass der Täter dies weiss, das Geheimnis schon kennt, bzw. berechtigt ist, es kennen zu lernen. Im Falle der Werksspionage kann das Ge-

richt für die Verhandlung oder für einen Teil der Verhandlung die Öffentlichkeit ausschliessen, wenn eine Gefährdung eines wichtigen Geschäfts= oder Betriebsgeheimnisses zu befürchten ist. Auch für die Verkündung eines Urteils oder eines Teils des Urteils kann die Ausschliessung der Öffentlichkeit vorgenommen werden. Soweit bei einer Gerichtsverhandlung die Öffentlichkeit wegen Gefährdung eines Geschäfts= oder Betriebsgeheimnisses ausgeschlossen war, dürfen Berichte über die Verhandlung in der Presse nicht veröffentlicht werden.

Einheitspreisgeschäfte.

Der dritte Teil der Verordnung bestimmt, dass Einheitspreisgeschäfte in Städten mit weniger als 100 000 Einwohnern in der Zeit bis zum 1. April 1932 nicht errichtet werden dürfen. Die obersten Landesbehörden oder die von ihr bestimmten Landeszentralbehörden können in Einzelfällen Ausnahmen zulassen, sofern die besonderen örtlichen Verhältnisse das rechtfertigen. Im übrigen darf die Bezeichnung "Einheitspreisgeschäft" nur dann geführt werden, wenn sämtliche Einheitspreise in einem deutlichen Anschlag in jedem Verkaufsraum und an jedem Eingang bekannt gegeben und Waren nur zu diesem Preis feilgehalten und verkauft werden. Im grossen und ganzen ist die Regierung hier den Beschlüssen des Reichswirtschaftsrates gefolgt.

Keine Aufgelder für Inlandsroggen.

(Berliner Getreidebörse vom 9. März.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war am Mittwoch die Stimmung wieder etwas fester. Am Markte der Zeitgeschäfte konnten sich die Weizennotierungen um $\frac{1}{2}$ bis 1 Mark, die Roggennotierungen durchschnittlich um 1 Mark befestigen. Es scheint, dass die Lieferungskontrakte für den laufenden Monat beim Roggen bereits erfüllt sind. Am Promptmarkt herrschte geringfügige Unternehmungslust. Weizen hatte kleines Angebot, aber auch geringe Nachfrage der Mühlen, da das Mehlgeschäft wieder vollkommen ins Stocken geraten war. Da sich die Berliner Mühlen jetzt fast völlig auf die Vermahlung von russischem Roggen eingestellt haben, zeigten sie am Mittwoch auch keine Bereitwilligkeit mehr, Aufgelder für inländischen Roggen zu bezahlen. Mehl hatte sehr geringfügiges Geschäft. Für Mehl aus inländischem Roggen wurden Aufgelder bezahlt. Mehl aus russischem Roggen stand in ausreichenden Mengen zur Verfügung. Weizenmehl hatte sehr geringe Nachfrage. Für Hafer war die Tendenz stetig. Das geringe Angebot stösst auf gute Kauflust des Konsums.

	8. März	9. März
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	244 - 246	244 - 246
Roggen	193 - 195	193 - 195
Braugerste	190 - 197	190 - 197
Futter- und Industrierogerste	180 - 185	180 - 185
Hafer	157 - 164	159 - 166
Weizenmehl	31,25 - 34,75	31,25 - 34,75
Roggenmehl	26,90 - 27,90	26,90 - 27,90
Weizenkleie	10,25 - 10,60	10,50 - 10,75
Roggenkleie	10,00 - 10,30	10,00 - 10,30

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 259 $\frac{3}{4}$ (Vortag 259), Mai 268 $\frac{1}{2}$ (267 $\frac{1}{2}$), Juli 271 $\frac{1}{2}$ plus Geld (271 $\frac{1}{2}$), September 233 $\frac{1}{2}$ (233 $\frac{1}{2}$). Roggen März 197 plus Geld (196), Mai 204 $\frac{1}{2}$ (203 $\frac{3}{4}$), Juli 205 (204), September 193 (192 $\frac{1}{2}$). Hafer März 175 $\frac{1}{2}$ -174 (175 $\frac{1}{2}$), Mai 181 $\frac{1}{2}$ -180 (181), Juli 184 $\frac{1}{2}$ (184 $\frac{1}{2}$).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S + P + D

Berlin, den 9. März 1932.

Oberst Lumpus.^x

SPD. Im dreissigjährigen Kriege diente bei dem bayerischen Truppenteil des Generals Holtz ein Musketier, den Abenteuererdrang und Ruhmsucht in das wilde Kriegsleben geworfen hatten. Fortuna war ihm aber nicht hold; es glückte ihm keine reiche Beute, und die Aussicht auf eine noch so bescheidene Auszeichnung lag allzu fern. Das verdross den Soldaten. Er haderte mit dem Geschick, vernachlässigte seinen Dienst, wurde bestraft und zur Pike erniedrigt, verkam aber nur umso mehr, und seine ganze Montur bestand zuletzt fast nur noch aus Lumpen. Seinen geringen Sold vertat er bei Trunk und Würfelspiel. Die goldenen Tore Edens verschlossen sich ihm fester denn je. Aber er sah die paradiesischen Bäume und sah unter ihnen die Offiziere und Oberen seines Regiments mit ihren Damen und Frauen. Missmutig und voll Neid und Groll sah er auf die wie selig Lustwandelnden. Er malte sich ihre Welt aus, wie er sie verstand und ersehnte, bunt und schön, und alles in ihr war recht und gut. In solchen besinnlichen Stunden fiel wohl alle böse Härte von ihm ab, und es kam eine traurige Weichheit über ihn, dass das Pendel des Glücks nicht auch ihn auf jene goldene Seite geworfen.

Wie aber wohl an einem mittäglichen Hochsommertage die Sonne auch mal in einen versteckten und tiefen Schacht scheint, so sollte auch unserm armen Lumpen-Pikenier eine glückhafte Stunde kommen. Das Schicksal fügte es, dass ihm nach dem Treffen bei Herbsthausen auf der Suche nach Beute ein Fässlein in die Hände fiel, das bis an den Rand mit französischen Dublonen gefüllt war, sodass er es kaum fortzutragen vermochte. Dies Uebermäss des Glückes erschreckte ihn dermassen, dass es ihm die Sinne benahm. Er vergass gar die Marketerbude, wo Wein und Schelmbeine winkten. Aus Dunkel und Wirren glitt er in einen ruhigen und lächelnden Traum; Paradiese winkten und schöne Frauen, und das Leben floss heiter und spielend dahin. In klarer Ueberlegung war sein Entschluss gefasst: er entwich heimlich mit seinem Schatze vom Heere, putzte sich wie ein Prinz heraus, kaufte sich eine Kutsche und sechs schöne Pferde, hielt sich mehrere Kutscher, Lakaien, Pagen und einen Kammerdiener und nannte sich selbst mit spöttischem Humor Oberst Lumpus. So reiste er nach München und lebte dort herrlich in einer Herberge. Schöne und liebevolle Frauen fanden sich zu ihm und Kavaliers aller Art, die ihm und seinen Dublonen schön taten. Er meinte, das Leben müsste ihm eingehen wie köstlicher Wein. Aber nach nur recht kurzer Zeit schmeckte er doch bereits eine bittere Neige, und manche Stunde erfreute ihn nicht. Er fand weder Recht noch Gutsein und musste schmerzlich empfinden, dass Lumpen und Gute auch im Paradiese des Wohlergehens reichlich gemischt waren, und dass ein Rausch nach teurem Welschwein ebenso sinnbetörend und erbärmlich war wie nach billigem Bier. Mit heiterer Genugtuung stellte er fest, dass das Leben allenthalben nach den gleichen Gesetzen spielte und nur ein Gradunterschied war zwischen hüben und drüben. Da kam er sich fremd vor in dem Paradiese, das er sich nicht in Pflicht und Arbeit errungen. Er missachtete seinen Reichtum und streute ihn mit vollen Händen aus.

Um diese Zeit kam auch der General Holtz einmal nach München und kehrte in eben der Herberge ein, in der auch der Oberst Lumpus residierte. Da er von dem Reichtum und der wunderlichen Freigebigkeit des Obersten hörte, wurde er neugierig und lud den sonderbaren Gesellen zum Abendessen ein. Oberst Lumpus nahm die Einladung an, und da sie gegessen und auch das Konfekt verzehrt hat-

ten, liess er seinerseits in einer Schüssel 500 neue französische Pistolen und eine Kette im Werte von 100 Dukaten auftragen und sagte dabei zum General: "Mit diesem Traktament wollen Ew. Exzellenz vorlieb nehmen und meiner dabei bestens gedenken!" Der General sträubte sich ein wenig, aber der freigebige Oberst drängte mit den Worten: "Bald wird die Zeit kommen, wo Ew. Exzellenz selbst erkennen werden, dass ich diese Verehrung zu tun obligierter war. Die Schenkung ist nicht übel angelegt, denn ich hoffe, alsdann von Ew. Exzellenz eine Gnade zu erhalten, die keinen Pfennig kosten soll!" Darauf nahm denn der General Geld und Kette unter der Bedingung an, sich gegebenenfalls revanchieren zu dürfen.

Danach reiste der General ab. Oberst Lumpus lebte noch einige Wochen in alter Weise. Seine Dublonen zerrannen ihm wie Sand unter den Fingern; und da alles vertan und auch Kutsche, Pferde, Kleider und Weisszeug den Weg aller Lust gegangen waren, zog er seine alte, zerfetzte Musketieruniform wieder an und trollte sich selig zu seinem Regiment. Dort wurde er sogleich in Eisen geschlossen und mit dem Galgen bedroht, weil er auf so viele Wochen vom Regiment entwichen war. Er aber lächelte nur dazu und bat, dem General vorgestellt zu werden. Der General sah den Deserteur erzürnt und ungnädig an. Da verneigte sich der Musketier artig und lächelte: "Oberst Lumpus aus der gemeinsamen Herberge zu München." Ein unwilliges Erkennen kam dem General. Doch war er an sein Wort gebunden und musste den Musketier pardonieren. "Kerl!" fuhr er ihn dann aber an, da er die ganze Geschichte erfahren, "du hättest bis an dein selig oder unselig Ende mit dem vielen Gelde wie ein Herr leben können und hast es von dir getan wie einen Dreck! Dafür hättest du dreimal den Galgen verdient

"Halten zu Gnaden", antwortete Lumpus, "ich bin von einer törichten Krankheit genesen. Ich vermeinte das Paradies auf Erden gewinnen zu können und habe doch einsehen müssen, dass uns die Sterne auf dem höchsten Berge so fern sind wie im tiefsten Tal!"

So hat der Musketier Neid und Groll von sich getan und ist hernach ein braver und ehrlicher Soldat geworden, der zufrieden mit seinem Schicksal und seinem Tage das Leben geruhsam in sich aufnahm, es aber auch tapfer unter sich zwang, so ihm einmal Nöte und Widerstände begegneten. Und er meinte, diesen Lebensgewinn mit seinen Dublonen nicht zu teuer bezahlt zu haben.

Wilhelm Lennemann.

----- Goethe als Theaterdirektor.^x -----

SPD. Um die Bühne hatte sich Goethe, der 1775 nach Weimar gekommen war, schon immer gekümmert: er war sogar selber aufgetreten als Orest in einer vom Hofe bestrittenen Liebhaberaufführung seiner "Iphigenie". Seit seiner Rückkehr aus Italien im Jahre 1788 brachte ihn dann die Sorge für die Kultureinrichtungen, zu denen die Universität Jena gehörte, auch mit dem Hoftheater in Verbindung. Dieses "Hoftheater" darf man sich nun nicht etwa grossartig vorstellen: Der allgemeine politische und kulturelle Jammer des "Heiligen Römischen Reiches", das in mehr als zwanzig Dutzend Territorien zerspalten war, drückte sich auch darin aus, dass es kein Nationaltheater gab wie in Frankreich. Der Dichter des "Wilhelm Meister" hat die umherziehenden Truppen anschaulich genug vorgeführt, Ständige Bühnen gab es fast nur für italienische Opern und französische Schauspiele in den fürstlichen Residenzen, und es war schon eine grosse Tat, dass der Weimarer Hof sich zu einer Pflegestätte deutscher Kunst aufschwang. Anstelle des Schmierendirektors Belluomo übernahm nun 1791 der Kultusminister Goethe selber die Leitung dieses Hoftheaters, das mit einer Aufführung von Ifflands "Jägern" eröffnet wurde. Ausser Iffland beherrschten Kotzebue, Jünger und Spieß, in der Oper Mozart, Dittersdorf und Paisiello

den Spielplan. Goethes Dramen sind selten aufgeführt worden. Umso häufiger kam von der Jahrhundertwende an Schiller zu Worte.

Für diesen gemischten Opern- und Schauspielbetrieb standen ausser den regelmässigen Einnahmen, die in dem ganze 6 000 Einwohner zählenden Weimar gewiss nicht bedeutend waren, jährlich nur 7000 Taler aus der Privatschatulle des Herzogs zur Verfügung. Die Kapelle wurde besonders besoldet. Das Haus war klein; im benachbarten Lauchstädt, wohin man, wie nach dem immerhin 50 000 Einwohner zählenden kurmainzischen, also "ausländischen", Erfurt, Abstecher machte, wurde gar in einer ehemaligen Scheune gespielt. Goethe setzte sich denn auch sofort dafür ein, dass in diesem, namentlich von Leipzig aus vielbesuchten Badeort ein einigermaßen würdiges Theater errichtet wurde, dessen Bau freilich erst 1802 in Angriff genommen werden konnte. Die Gagen waren natürlich gering: 8 bis 9 Taler wöchentlich waren Höchstsätze für "Prominente". Ein gewisser Malcolmi, der an einem Abend den Oberförster in Ifflands "Jägernimte", am nächsten den Sarastro in der "Zauberflöte" sang, erhielt mit seinen drei Töchtern zusammen nicht mehr als 10 Taler. Wobei freilich berücksichtigt werden muss, dass ein Schauspieler für Wohnung, Frühstück, Mittagessen und Bedienung nur $\frac{1}{2}$ Taler bezahlte.

Es ist Goethe tatsächlich gelungen, aus der Weimarer Bühne trotzdem eine der ersten in Deutschland zu machen: Sogar Iffland hat sich als Schauspieldirektor in Berlin stets nach den Weimarer Spielplänen gerichtet, ist auch als Schauspieler wiederholt dort aufgetreten. Zunächst wurde es als grosser Fortschritt empfunden, dass der von Frankreich übernommene Bombast zugunsten einer natürlicheren, schlichteren Darstellungsart verdrängt wurde: Weimar war so etwas wie eine "Reformbühne". Für Schiller jedenfalls war es ein grosser Gewinn, seine Stücke an seinem Wohnort aufgeführt zu sehen; nicht selten hat er selber den Probenbeigewohnt und sich selber als Regisseur betätigen können. Das Theater fuhr nicht schlecht dabei, denn Schillers Dramen waren, im Gegensatz zu denen Goethes, die, ausser dem "Götz von Berlichingen", von den Zeitgenossen abgelehnt wurden, die grössten Kassenerfolge. An die "Jungfrau von Orleans" allerdings getraute man sich wegen des grossen Aufwandes, der dazu erfordert wurde, zunächst nicht heran. Erst als das Stück in Leipzig mit einem ungeheuren Erfolg in Szene gegangen war, wagte man, zwei Jahre später, 1803, auch in Weimar die Aufführung. Eduard Genast, der als Regisseur unter Goethe tätig war, berichtet in seinem "Tagebuch eines alten Schauspielers" darüber: "Das Personal klein war, so musste manches von den Mitgliedern zwei bis drei Rollen übernehmen. Eine schwierige Aufgabe für unsre geringen Mittel war der Krönungszug. Wollene Sergen, die in hübschen Farben in Vorrat da waren, und schmale Gold- und Silbertressen spielten eine Hauptrolle dabei; pappene Helme und Rüstungen, die mit Gold- und Silberzindel überzogen wurden, schaffte man an. Der Krönungsmantel aber war hauptsächlich ein Stein des Anstosses; der Chef über die Vorräte der Hofhaltung suchte zu diesem Zwecke eine alte blau-seidene Gardine hervor. Dagegen protestierten aber Schiller und Goethe auf das bestimmteste, so dass er sich schliesslich fügen, und, wenn auch mit verdriesslichem Gesicht, seine Zustimmung zur Anschaffung eines roten Krönungsmantels, versteht sich, von unechtem Samt, geben musste, der sich dann, wie in früheren Zeiten das Brautkleid der Grossmutter, von König zu König forterbte. Er wurde das einzige kostbare Stück, das die Weimarer Hoftheatergarderobe aufzuweisen hatte. Das Publikum war damit zufrieden und staunte sogar die Pracht, die man im Krönungszug entwickelte, mit grossen Augen an."

Ein weniger rühmliches Ereignis war die Uraufführung des "Zerbrochenen Krugs" von Heinrich von Kleist, die 1808 stattfand. Diese Meisterkomödie der deutschen Literatur erlebte einen vollkommenen Durchfall, der sogar zu einem Theaterskandal führte. Der Herzog nämlich liess einen Beamten, der zu pfeifen wagte, von seinen Leibhusaren festnehmen und drei Tage auf der Wache festsetzen. Hinterher meinte Goethe zu Riemer: "Der Mensch hat gar nicht so unrecht gehabt; ich wäre auch dabei gewesen, wenn es der Anstand und meine

Stellung erlaubt hätten". Es war aber hauptsächlich Goethes Schuld, dass es zu diesem Fiasko kam. Er hatte das einaktige Lustspiel in drei Akte auseinandergezerrt und in einem unerträglich schleppenden Tone sprechen lassen. Der dramatische Stil hatte sich inzwischen geändert, aber die Weimarer Exzellenz war stehen geblieben. Seinem an der Antike geschulten Idealismus war die bürgerlich realistische Gegenwartskunst eines Kleist wie überhaupt alle revolutionären Strömungen des beginnenden 19. Jahrhunderts zuwider. So musste es erleben, dass sein Hoftheaterpublikum eine mittelalterlich-romantische Schwarte von Friedrich Schlegel mit Hohnlachen begrüßte. Der Olympier sprang in seiner Loge auf und rief mit Donnerstimme ins Parkett: "Man lache nicht!!!"

Man hat aber weitergelacht, wenigstens im stillen. Und die Schauspielerin Jagemann, die Geliebte des Herzogs, ruhte nicht eher, als bis sie einen dressierten Pudel in Goethes geheiligtem Musentempel auftreten liess, dem Verbot des Intendanten zum Trotz. Der Gewaltige floh nach Jena. Das Absetzungsdekret seines Herzogs kam hinterher. Das war 1817. "Ein Hund hat ihn weggebissen", höhnten die Residenzler. In Wahrheit hatte ihn die Zeit überholt....

Hermann Hieber.

----- Goethes Geburtsstätte.^X -----

SPD. Der grosse Weltbürger Goethe verbrachte seine früheste Jugendzeit in der freien Reichsstadt Frankfurt a.M., die damals noch ein bedeutender Umschlagsplatz für den Warenverkehr zwischen den grossen Handelsstädten war und sich zugleich zum ersten Geldmarkt für Deutschland entwickelte. In der breiten Strasse mit dem schönen Namen "Grosser Hirschgraben" ist noch heute das vornehme Patrizierhaus erhalten, in dem er geboren wurde. Im Mittelalter wurden in der Tat in diesem Graben an der Stadtmauer Hirsche gehalten, damit bei festlichen Gelegenheiten immer Wildpret für die Tafel der hohen Stadtherren bereit war. Zu Goethes Zeiten hatte sich aber die Stadt schon über die alten Mauergrenzen hinweg bis hierhin ausgedehnt. Dennoch blieb hinter den Häusern noch Platz genug für grosse, gepflegte Gärten, in denen auch der behütete Wolfgang des strengen Herrn Rates gern mit seiner Schwester und Nachbarskinder spielte. Noch heute ist davon ein Stück erhalten, wenn auch die hohen Fronten der Geschäftshäuser des neuen Zentrums jetzt bereits hier heranreichen.

Das Wohnhaus hat die strenge, nach oben sich erweiternde, übereinandergebaute Fassade der Bürgerwohnungen jener Zeit. Eine schlichte Tafel macht den Fremden auf die hohe Ehre dieses einfachen Hauses aufmerksam, in dem einer der grossten Menschen im stillen Familienkreise seine Erziehung genossen hat. Neugierige Gesichter blicken oft durch die unteren, vergitterten Fenster, in die noch aus jener Zeit her erhaltenen Stuben. An den Wänden des weiten Flures hängen die italienischen Stiche des alten Goethe, die den Sohn stets sehr interessierten und noch während seiner eigenen Italienreise in ihm lebendig waren. Goethe schreibt selbst in "Dichtung und Wahrheit": "Das Haus war für eine Privatwohnung geräumig genug, durchaus hell und heiter, die Treppe frei, die Vorsäle lustig und jene Aussicht über die Gärten aus mehreren Fenstern bequem zu geniessen."

Der Lieblingsplatz des Knaben zum Spielen waren die grossen, freien Korridore und ein hohes Frontfenster, von wo aus er das Leben und Treiben auf der Strasse beobachten konnte. Die Zimmer selbst sind sehr einfach eingerichtet. Die alten Musikgeräte, an denen Wolfgang von Privatlehrern Unterricht erhielt, stehen noch an ihrem Platze. Oft wird in den lauschigen Ecken der grossen Zimmer Frau Aja dem gespannt zuhörenden Jungen ihre Märchen erzählt haben. Ihr eigentlicher Bereich, die Küche, sieht aus wie ein Giftmischerlaboratorium mit einem breiten Rauchfang über dem Herde und blankgeputztem Zinngeschirr.

Das Leben im Hause bot für einen Jungen genug abenteuerliche Erlebnisse. Nicht nur, dass sein Vater viele Gäste empfing, wurden auch im siebenjährigen Kriege viele Offiziere fremder Mächte bei dem hochangesehenen Herrn Rat einquartiert. Aber auch allerlei lustige Streiche vollbrachte der aufgeweckte Wolfgang, wenn seine Eltern nicht zu Hause waren. Als er eines Tages allerhand Geschirr auf die Strasse warf, ermunterten ihn die spottlustigen Nachbarn noch mehr ausser seinem Kinderspielzeug aus der Küche zu holen. Dem Jungen gefiel das lustige Zerkrachen des Porzellans auf der Strasse, und so schleppte er nach und nach alles herbei, was er erreichen konnte, bis ihn jemand davon abhielt.....

k.m.

Mond und Zeitrechnung.^x

SPD. Wie ein folgsames Kind kreist der Mond um seine grosse Mutter, die Erde. Willenlos folgt er ihren Spuren, ein gehorsamer Sklave ihren überlegenen Kräften. Höchstwahrscheinlich ist er auch im buchstäblichen Sinne ihr Kind, vor undenklichen Zeiten aus ihrem Schoosse hervorgegangen. Wie gross muss deshalb von jeher der Einfluss der 82 mal schwereren Erde auf ihn, auf seine Oberfläche gewesen sein! Was für Katastrophen mag unser Planet in Urzeiten auf dem Monde, als der vielleicht noch ein glühender Ball war oder eine dichte Atmosphäre ihn umgab, hervorgerufen haben! Wir wissen es nicht; sein starres Totenanzicht blickt schweigend herüber zur grossen Mutter. Auch er hat sich sicher einmal lustig um seine Achse gedreht, wie noch heute die Erde. Aber ihren gewaltigen Kräften konnte er sich nicht entziehen. Auf den Mondmeeren, die höchstwahrscheinlich einst die Oberfläche unsres Trabanten bedeckten, rief die Erde gewaltige Flutberge hervor, übte auf die beweglichen Massen eine grosse Anziehung aus, hielt diese gewissermassen auf der ihr gerade zugewandten Seite des Mondes fest. So wurde aus dieser Fluterscheinung auf dem Monde eine ungeheure Bremsvorrichtung, die die Umdrehung des Mondes unaufhörlich verlangsamte. Durch unfassliche Zeiträume ging das so, bis seine Kräfte erlahmten. Heute zeigt unser Trabant der Erde immer die gleiche Seite.

Aber das Spiel der Kräfte zwischen den Himmelskörpern ist ja durchaus wechselseitig, im Verhältnis ihrer Massen und Abstände voneinander geregelt. Sollte da nicht auch der Mond trotz seiner geringen Grösse einen Einfluss auf die Bewegung unsrer Erde ausüben? Wir wollen diese Frage einmal etwas näher untersuchen. Unser wichtigstes Zeitmass, und das die Grundlage unsrer ganzen Zeitrechnung bildet, ist der Tag, also die einmalige Umdrehung der Erde um ihre Achse. Diese Umdrehung dauert genau 23 Stunden, 56 Minuten und 4 $\frac{1}{10}$ Sekunden. Auf der Grundlage dieser Feststellung rechnen wir das Jahr zu 365 Tagen, 5 Stunden, 48 Minuten und 46 Sekunden. Auf den Sternwarten, wo sozusagen "die Zeit gemacht" wird, kann der Astronom mit Hilfe ausserordentlich komplizierter Apparate die Dauer einer Umdrehung der Erde um ihre Achse bis auf den hundertsten Teil einer Sekunde bestimmen. Eins der wichtigsten Hilfsmittel ist dabei das Meridianfernrohr. Die langjährigen, sorgfältigen Zeitbestimmungen haben nun gezeigt, dass bei verschiedenen Gestirnen mit Sicherheit in ihrer Bewegung kleine, aber nicht zu bezweifelnde Unregelmässigkeiten und Verzögerungen auftreten sind. Sollte vielleicht die mustergültige Ordnung und Pünktlichkeit im Sternennraume doch zu wünschen übrig lassen? Oder sollten vielleicht die komplizierten Messapparate zeitweise ungenau arbeiten? Nichts von alledem! Die Sternforscher konnten durch scharfsinnige Untersuchungen nachweisen, dass unsre eigene Erde es ist, die in ihrer Umdrehung schwankt und Veränderungen zeigt. Wer ist aber daran schuld? Wer bremst die Umdrehung unsres Heimatsterns? Der Mond, unser treuer Begleiter! Sein Einfluss auf die Erde ist ja insofern jedem bekannt, weil durch seine Anziehungskraft Ebbe und Flut hervorgerufen werde

Die vom Monde angezogenen Wassermassen unsrer Meere türmen sich, soweit es bei der Lage zum Festlande möglich ist, zu hohen Flutbergen auf, von denen der eine immer unserm Trabanten bei seinem Umlauf um die Erde folgt, und zwar entgegengesetzt zur Erdumdrehung. Durch die anziehende Wirkung des Mondes werden täglich in der Flut nahezu eine Million Kubikmeter Wasser über die Erdoberfläche hinübergeführt. Und die von dieser gewaltigen Flutwelle verursachte Reibung ist es, die nachweislich die Rotation der Erde, den Wechsel von Tag und Nacht, unaufhörlich verlangsamt. Unsre Tage werden also ganz allmählich, aber unaufhaltsam immer länger. Gewiss ist ohne komplizierte Messapparate und Hilfsmittel nichts von dieser Verlangsamung der Erddrehung zu merken. Nach äusserst scharfsinnigen Berechnungen bedeutender Mathematiker, wie z.B. John Adams oder George Darwin, des Sohnes des berühmten Naturforschers, beträgt die Geschwindigkeitsabnahme der Erdrotation im Laufe von 100 Jahren nur etwa 22 Sekunden. Auch R. Innes, der verdienstvolle Leiter der Sternwarte zu Johannesburg in Südafrika, ist auf Grund seiner Untersuchungen vor einiger Zeit zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen. In 100 Jahren wird der Erdtag aber immerhin um etwa 1/1000 Sekunde länger sein als heute, und in 100 000 Jahren um ungefähr 1 Sekunde.

Es sind kaum fassbare Zeiträume, um die es sich hier handelt. Aber einmal in unermesslichen Fernen wird doch die Zeit kommen, wo der irdische Tag nicht mehr rund 24 Stunden, sondern 100, 500 und 1000 Stunden lang sein wird. Dann wird auch die Erde dem Monde immer die gleiche Seite zeigen, und ein Umlauf des Mondes um die Erde, der sich inzwischen ebenfalls noch wesentlich verlangsamt haben mag, wird dann ein Erdtag, eine einmalige Umdrehung der Erde um ihre Achse sein. Das alles wird freilich erst in einer Zeit eintreten, in der sicherlich keine lebenden Wesen mehr unsern Planeten bevölkern werden. Erde und Mond werden dann wie zwei Totenschädel einander umkreisen.

So ändert unser Trabant unsre Zeitrechnung. So formt er mit seiner Kraft nach und nach mit unendlicher Geduld unsern Kalender. Aber wer weiss, ob nicht der Mond mit seiner "Kalenderreform" doch noch eher fertig werden wird als die seit einer ganzen Reihe von Jahren daran arbeitenden Herren von der Kalenderreform-Kommission des Völkerbundes mit der ihrigen?

Erich Krug.

Das Bärtchen.

SPD. Vor mir sehe ich einen dunklen - Punkt kann man nicht sagen; es ist vielmehr ein rechtwinklig eckiges, dunkles Etwas. Quadratisch, wie ein schwarzes Heftpflaster. Kein Schönheitspflästerchen, rund und zierlich, wie auf dem puppig süssen Gesicht einer Rokokodame - nein, ein aufdringlich schreierisches - verdammt nochmal, Bartklexel. Herausfordernd frech sitzt es in einem Gesichte, dicht unter der Nasenwurzel beginnend, die Mitte der Oberlippe starr überschattend. Doch ist die Umgebung zunächst noch völlig bedeutungslos. Das Hervorstechende, das impertinent Hervorstehende ist dieser Bartfleck. Ja, jetzt hab' ich's: Wenn man ein Hakenkreuz in Höhe und Breite ganz mit Tusche ausfüllte, dann sähe es gerade so aus wie dieses links- und rechtsseitig apostrophierte Bärtchen.

Genug - dieses Bärtchen macht einen ganzen Mann aus, einen überaus heldischen, teutschen Mann. Es fasziniert jeden Herrn Schwachkopf, der davor erschauert bis ins fünfte, sechste Glied seines völkisch reinen Rassebewusstseins zurück (nicht immer; manchmal ist es auch nur das zweite, dritte Glied). Im Anblick dieses Bärtchens, das aus allen Illustrierten und Schauläden der Nazior das Signal zum "Angriff" gibt, geraten nicht etwa nur erlösungsbedürftige Backfische und ältere Hysterikerinnen des zarten Geschlechts in Verzückung, nein, Jünglinge und Männer (meist allerdings Jünglinge) begeistern sich daran bis

ins Stadium des Veitstanzes. In Massen steigert sich der Rausch ins Anbetarische, in die Ekstase religiöser Wunderbereitschaft, in die Halluzination eines kommenden Reiches der Grösse und Herrlichkeit und des unerschöpfbaren Reichtums allen denen, die reinsten Glaubens und Stammbaums beim Bärtchen ihres Propheten schwören und beim Hakenheil ihres Kreuzes.

Hinter diesem Bärtchen stehen - eine schmucke Heilsarmee - die Millionen der auf ihre Echtheit geprüften und abgestempelten, beziehungsweise chemisch gereinigten allein deutschen Menschen. Millionen innerer Handflächen strecken sich ihm entgegen - den Caesar grüssend!

Allbeherrschend, ins Symbolische vergrössert, steht dieser winzige Bartfleck - zackig wie ein Präsentiergriff - über einem grossen Maul.

Das wäre alles! Denn, wie schon erwähnt: die nähere Umgebung des ungewöhnlichen Bärtchens ist durchaus gewöhnlich.

Ja, wer ist eigentlich der dazu gehörige Mann?

Quatsch! Man sollte sich gar nicht darum kümmern!

Karl Schneider - de Witt.

Der Faschistengruss.

SPD. Fahre ich da gestern in der Strassenbahn und werde dabei unfreiwillig Zeuge eines politischen Gesprächs. Natürlich unterhält man sich über die Reichspräsidentenwahl. Die Aussichten der einzelnen Kandidaten werden abgeschätzt. An Hitlers Sieg scheint niemand so recht glauben zu wollen.

"Die Geschichte mit den Gendarmeriewachtmeister von Hildburghausen nahm den letzten Stoss gegeben. Hitler ist damit zur komischen Figur geworden, und recht sauber hat die ganze Geschichte auch nicht gerade ausgesehen...."

"Wenn's nur nicht gerade noch Hildburghausen gewesen wäre! Aber dort ist doch eine Heil- und Pflege-Anstalt, also ein Irrenhaus. Und da liegen boshafte Anspielungen so nahe...."

"Wenn's weiter nichts ist! Die Thüringer sagen doch "Rappelsdorf", wenn sie Hildburghausen meinen. Na, und nach Rappelsdorf gehört so mancher, der das Hakenkreuz trägt...."

In diesem Augenblick hält die Strassenbahn. Die Tür wird mit einem heftigen Ruck aufgerissen, und herein kommt ein Jüngling, auf dem Mantelkragen ein grosses schwarzes Hakenkreuz auf weissem Grund. Er hebt die Hand zum Faschistengruss und ruft laut und vernehmlich: "Heil!"

Der eben noch von Rappelsdorf gesprochen hat, antwortet ebenso laut:

"...und Pflege-Anstalt!"

Alle Fahrgäste brechen in ein schallendes, nicht endenwollendes Gelächter aus. Der Nazijüngling bekommt einen roten Kopf, rennt, schneller als er gekommen ist, nach der Tür, springt mitten in der Fahrt in halbsbrecherischer Weise ab - und wird nicht mehr geseh'n.....
Fix.

SPD. Ein erhabener Trost.^x Der deutsche Exkronprinz hatte stets eine Leidenschaft fürs Telegrafieren. Als 1908 das erste Zeppelin'sche Luftschiff bei Echterdingen durch ein Sturmwetter zerstört wurde, sandte er dem Grafen Zeppelin folgendes Telegramm: "Bedaure tief das schwere Unglück, das Sie betroffen. Werde Sie morgen besuchen und hoffe, Sie werden auch diesen Schlag erhobenen Hauptes überstehen."
